



Wegwerf-Wirtschaft und der Wettbewerb

Description

Vermutlich werden Sie der folgenden Aussage zustimmen: Der Ressourcenverbrauch unserer Wirtschaft ist auf Dauer größer als es der Menschheit zuträglich ist. Ich möchte am Artikel ["Wie denken Sie darüber?"](#) und den Kommentaren dazu anknüpfen.

Wenn die eingangs aufgestellte Behauptung zutrifft, gibt es im wesentlichen zwei Wege, um dem Dilemma zu entkommen.

Der erste Weg ist eine drastische Reduktion der Weltbevölkerung. Das ist seit Jahrhunderten das Rezept der „Oberschicht“, nehmen wir aktuell Gates und viele andere seiner Klasse. Oder nehmen wir den verstorbenen Prinz Philipp: Der sagte vor 40 Jahren mal, er möchte als Virus wiedergeboren werden, um die Menschheit zu dezimieren.

Der zweite Weg ist: Wir müssen unsere Art zu wirtschaften ändern. Die industrielle Produktion von überflüssigen Gütern ist der Kern der heute vorherrschenden Ideologie des Massenkonsums. „Überflüssig“ bedeutet, Waren werden vor Ablauf ihrer technischen Nutzungsdauer vernichtet und/oder es werden Dinge hergestellt, die keinen besonderen Nutzen haben in Bezug auf die Sicherstellung der materiellen Bedürfnisse des gesellschaftlichen Menschen.

Zahlen zum Ressourcenverbrauch

Die Masse der von Menschen hergestellten Güter hat sich [seit 1900 etwa alle 20 Jahre verdoppelt](#) und über die Zeitspanne [bis heute mindestens verzwanzigfacht](#).

Gemäß dieser [Quelle](#): „In den letzten 120 Jahren hat sich der jährliche Rohstoffverbrauch von Biomasse, mineralischen und metallischen Rohstoffen sowie von fossilen Brennstoffen verneunfacht. Bis 2050 soll er sich nochmals mehr als verdoppeln. In jedem technischen Produkt, das ein Kilo wiegt, stecken im Durchschnitt 30 Kilogramm Natur. In elektronischen Geräten ist es oft das Zehnfache. So wiegt ein Smartphone in Wirklichkeit nicht wenige Hundert Gramm, sondern im Durchschnitt 71 Kilo. Jeden Tag werden global mindestens 3,5 Millionen Tonnen Müll produziert.“



Es geht um die Einschränkung des übermäßigen Ressourcenverbrauchs einer Konsumwirtschaft, die den Verbrauchern etwa nahelegt, Produkte lange vor Ende ihrer Nutzbarkeit auf den Müll zu werfen und durch neue zu ersetzen.

Die eingeschlagene Art und Weise des übers Knie gebrochenen Aufbaus einer neuen Energie-Infrastruktur macht genau dasselbe: Eine intakte Infrastruktur wird lange vor Ablauf ihrer sinnvollen Nutzbarkeit verschrottet. Der Ressourcenverbrauch wird dadurch beschleunigt, weil neue „grüne“ Energie-Technologien erst aufgebaut werden müssen.

Die Umweltüberlastung wird durch die „Dekarbonisierung“ nicht aufgehoben, sondern in einer zehn bis 20 Jahre währenden Übergangsphase sogar verstärkt. Sie wird zudem dorthin verlagert, wo der geneigte westliche Umweltschützer sie nicht direkt wahrnimmt (Stichwort Lithium). Dies dürfte auch der Boden für neue kriegerische Auseinandersetzungen werden. Zudem dürften die „grünen“ Energien kaum geeignet sein, die Stabilität der Energieversorgung zu gewährleisten, die für eine industrielle Wirtschaft erforderlich ist.

Auch nach dieser Übergangszeit in Richtung Dekarbonisierung bleibt das grundsätzliche Problem bestehen – der übermäßige Ressourcenverbrauch einer Konsumwirtschaft. Oder auch die "suboptimale Allokation" der Produktionsfaktoren – siehe weiter unten!

Der Physiker H.-P Dürr hat einmal geschrieben, streng genommen ergibt sich auf lange Sicht, dass alles das Ökosystem zusätzlich gefährdet, was über die Nutzung der Syntropie der Sonne hinausgeht. Die täglich von der Sonne auf die Erdoberfläche eingestrahlte Energie entspricht nach seinen Angaben etwa 1.000 Liter Erdöl pro Jahr und qm. „Zulässig“ sei pro Erdenbewohner auf Basis einer Weltbevölkerung von 6,5 Milliarden ein Energieverbrauch von 2,76kW pro Tag, was etwa dem Lebensstandard eines Schweizers Ende der 1960er Jahre entspricht. Das tägliche Minimum zum Überleben sieht Dürr in unseren Breiten bei einem Energieverbrauch von 1,34kW. Der Status quo des pro-Kopf-Verbrauchs an Primärenergie in 2008: USA – 20kW, Mitteleuropa 11kW, China 1,8kW, Indien 1,1kW, Afrika 0,09kW.

Ziel der Allokation von Produktionsmitteln und Produktivkräften ist eine optimale Zuteilung der Ressourcen (Kapital, Arbeit, Boden, Rohstoffe) – mit möglichst wenig Input soll ein möglichst großer Output erzeugt werden. Da es hier um die volkswirtschaftliche Dimension der Allokation geht, ist der Maßstab für „optimal“, wie gut eine Gesellschaft mit knappen Ressourcen, in erster Linie Rohstoffe und Boden, umgeht, um ihre materiellen Existenzbedingungen auf Dauer zu sichern. Die Allokation der Produktionsmittel und Produktivkräfte ist mit der heutigen Massen-Produktion von überflüssigen Gütern und der vorherrschenden Ideologie des Massen-Konsums (extrem) „suboptimal“.

Die Allokation findet im Kapitalismus in erster Linie durch den freien Wettbewerb statt. Wenn also die Allokation suboptimal ist, liegt der Verdacht nahe, dass der freie Wettbewerb gestört ist.

Wettbewerb - das Verfahren zur Entdeckung von Tatsachen (von Hajek)

Der Träger des Wirtschaftsnobel-Preises August von Hayek definierte den Wettbewerb so: „Wettbewerb [ist] ein Verfahren zur Entdeckung von Tatsachen [...], die ohne sein Bestehen entweder unbekannt bleiben oder doch zumindest nicht genutzt werden würden.“ In ihrer Gesamtheit sind diese Tatsachen a priori niemandem bekannt und deshalb auch nicht vorhersehbar. Der Wettbewerb ist ein Prozess zum Erwerb von Wissen über Produkte, Dienstleistungen, Anbieter, Nachfrager und Preise. In einer Marktwirtschaft bewirken freie Preise die Anpassung der unterschiedlichen individuellen Pläne. Nach von Hayek ist es dabei eine der Hauptaufgaben des Wettbewerbs, zu zeigen, welche Pläne falsch



sind. Der Wettbewerb sorgt für größtmöglichen Nutzen auf Seiten der Unternehmen und der Konsumenten. Er begünstigt eine optimale Allokation der wirtschaftlichen Ressourcen einer Gesellschaft.

Planwirtschaft funktioniert nur zeitweilig in einer nach außen abgeschotteten Gesellschaft. Dabei müssen die leitenden Instanzen darauf hinwirken, die von Natur aus hohe Komplexität des wirtschaftlichen Geschehens zu reduzieren, um die zentrale Kontrolle und Steuerung ausüben zu können. Das geschieht vorzugsweise durch Verstaatlichung von Unternehmen und Zusammenfassung in großen Einheiten. Wohin das führt, lässt sich an der Geschichte im „Ostblock“ ablesen. Im alltäglichen Wirtschaftsprozess nahmen die Reibungsverluste stetig zu. Die zentrale Lenkung durch staatliche Organe führte letztlich zu einer immer ineffizienteren Verwaltung von Mangel.

Bis in die 1980er Jahre hinein bestimmten die Gütermärkte die wirtschaftliche Entwicklung. Es stand die Frage im Vordergrund, wie ein Produkt zu geringstmöglichen Kosten ein Maximum an Gewinn brachte. Das bedingte die Auseinandersetzung mehr mit realen physischen als mit abstrakten finanziellen Aspekten. Die Kreativität kleiner Unternehmen war gefragt, die bei Erfolg zu großen wurden. Der damals zumindest noch rudimentär vorhandene Wettbewerb war stark geprägt durch unterschiedliche Technologien und Präferenzen.

1970 bis heute - vom Wettbewerb zur Planwirtschaft

In den frühen 1970er Jahren deutete sich mit dem Ende des Systems von Bretton Woods an, dass künftig die Finanzmärkte eine größere Rolle spielen würden. Mit Greenspan auf dem Chef-Sessel der Fed (ab 1987) trat der Umbruch offen zutage. Seitdem, beschleunigt noch durch das Ende des „Ostblocks“, dominierten die Finanzmärkte das wirtschaftliche Geschehen. Jetzt stand im Vordergrund, wie sich irgendein beliebiges Investment am höchsten verzinst. Es fand eine Entkopplung von der physischen Realität der Produktion statt. Es geht nur noch um Geld und Kapital. So wie Geld und Kapital austauschbar sind, so sind es die Unternehmen, an denen sich das Finanzkapital beteiligt. Aus Sicht des Finanzkapitals ist es zwecks Minimierung des Kontrollaufwands vorzuziehen, sich an großen Unternehmen zu beteiligen. Der Wettbewerb zwischen den Unternehmen wurde „reguliert“ dadurch, dass Finanz-Institutionen in der Regel bei Konkurrenten gleichermaßen beteiligt sind.

Ein wesentliches Merkmal der Dominanz der Finanzmärkte: Auf extreme Boom-Phasen folgten dramatische Krisen. Denken sie etwa an die japanische Finanzmarktkrise (1998), das Platzen der Dotcom-Blase (2000), die US-Hypothekenmarkt-Krise (ab 2007) und die europäische Finanz- und Schuldenkrise (ab 2008).

In den Nachwehen der Finanzkrise trat der Staat als direkt eingreifender Akteur auf den Plan. Er „rettete“ als systemrelevant angesehene Finanzinstitute. Einmal in Fahrt gekommen riss der Staat immer mehr Befugnisse an sich. Mit Corona und Klimawandel gibt der Staat nun endgültig den Ton an. Die Abstraktion von der Realität der Produktion geht noch weiter. Jetzt geht es um die Steuerung der Real- und Finanzmärkte ganzer Volkswirtschaften. Der Staat benennt zukünftige Krisen und greift vorsorglich massiv in das wirtschaftliche und soziale Geschehen ein.



In der Corona-Krise hat der Staat die Reinigungsfunktion einer Krise massiv außer Kraft gesetzt. Bereits 2019 zeichnete sich nach einer der längsten Aufschwung-Phasen der Nachkriegszeit ein starker Abschwung in der Industrie ab. Im vierten Quartal 2019 startete die [Fed aus heiterem Himmel ein aufgeblähtes QE-Programm](#). Nach Ausbruch von Corona verordnete der Staat mit Lockdowns die Schließung ganzer Geschäftsbereiche, was die Krise verstärkt hat. Gleichzeitig legte er beispiellose Rettungsmaßnahmen auf, die weit über den Kreis der unmittelbar betroffenen Branchen und Einzelpersonen hinaus gingen bis hin zu „Helikopter-Geld“ in den USA.

Diese Maßnahmen haben den konjunkturellen Abschwung überdeckt, der sich [lange vorher abgezeichnet](#) hätte. Durch die Corona-Programme der Zentralbanken, z.B. mit Ankäufen von Unternehmensanleihen, wurde auch der Ausbruch einer globalen Finanzkrise verhindert. Insgesamt fand kein wirtschaftlicher Ausleseprozess statt, der dringend notwendig wäre. Stattdessen wurde die Liquiditätsflut der Zentralbanken in extrem steigende Kurse an den Finanzmärkten umgesetzt.

Wir sehen: Mit der Verlagerung der dominanten Rolle von der Realwirtschaft über die Finanzwirtschaft hin zum Staat wurde auch der freie Wettbewerb immer weiter eingeschränkt und die Tendenz in Richtung großer Unternehmen verstärkt. Das ist auch deshalb nachvollziehbar, weil eine kontrollierende Instanz immer nur eine bestimmte Vielfalt überblicken kann. Je höher diese Instanz rückt, vom Einzelunternehmen über ganze Industrien bis hin zu ganzen Volkswirtschaften, je stärker muss die Komplexität beschränkt werden. Parallel zu dieser Entwicklung hat sich der wirtschaftliche Fokus verschoben. Es geht nicht mehr hauptsächlich um Fragen der physischen Produktion, sondern (nur noch) um die Vermehrung des eingesetzten Kapitals.

Die umfassenden Rettungen, das Drücken der Zinsen, wuchernde Regulierung sowie die vielfachen direkten Förderungen bestimmter Branchen im Zuge von tatsächlichen oder vermuteten Krisen setzen die konstituierenden Prinzipien der Marktwirtschaft wie Haftung, freier Wettbewerb, Vertragsfreiheit und Privateigentum immer mehr außer Kraft. Insbesondere die Richtung Null manipulierten Leitzinsen führen dazu, dass die Zinsen ihre Signal- und Allokationsfunktion nicht mehr wahrnehmen. Das führt u.a. dazu, dass auch solche Investitionsprojekte verfolgt werden, die sich bei funktionierendem Zins als schlecht, unrentabel oder unsinnig erweisen würden.

Wir befinden uns heute im Stadium einer zentralen Planwirtschaft, vor der wir zu Zeiten des "Ostblocks" immer gewarnt wurden. Mit Simulationen wird versucht, die Zukunft zu modellieren. Sie sollen den freien Markt als Verfahren zur Entdeckung von Tatsachen ersetzen. Die dazu erforderlichen vereinfachten Prämissen werden der komplexen Wirklichkeit nicht gerecht. Fehlentscheidungen sind die Folge.

Im Zuge der angestrebten „Klimarettung“ fördern Staaten nicht nur bestimmte Industrien oder Technologien, auch die Zentralbanken lenken gesamtwirtschaftliche Ersparnisse in "grüne" Investitionen um. Was „grün“ ist, entscheidet die Europäische Kommission zentral durch eine Taxonomie. Wiederauferstanden ist auch die strategische Industriepolitik: [So will z.B. EU-Binnenmarktkommissar Breton große Unternehmen fördern](#), um die Produktion in der EU zu stärken. Die begünstigte deutsche Großindustrie applaudiert.

Der Staat reguliert emsig und verteilt hastig mehr Geld denn je, was der Spekulation Tür und Tor öffnet und Lobbyismus fördert. Die zunehmende Flut von neuen, oft mit heißer Nadel gestrickten Gesetzen und Verordnungen schafft keine stabilen Rahmenbedingungen für Investitionsentscheidungen. Die staatliche Interventionspolitik drückt das Wachstum unter seine Möglichkeiten und steigert die Unzufriedenheit vieler Akteure in der Wirtschaft.



Die meisten Entscheidungen „zum Wohle aller“ sind eine Anmaßung von Wissen. Auch die Entscheider im Staatsapparat und in der Regierung können in einer komplexen wirtschaftlichen Ordnung nicht über ausreichendes Wissen verfügen. Das wird erst durch den Wettbewerb vermittelt, wie von Hajek darstellt. Es besteht die Gefahr, dass sich diese Instanzen ein simplifiziertes Bild der Wirklichkeit machen mit daraus folgenden Fehlentscheidungen.

Die eingeschlagene strategische Grundlinie der „Dekarbonisierung der Energieerzeugung“ ist ein solcher falscher Weg – wie bereits ausgeführt, geht es nicht um die Art und Weise, wie Energie erzeugt wird, sondern darum, den Ressourcenverbrauch insgesamt einzuschränken. Mit dem Vorwand des Einmarschs Russlands in die Ukraine wird dieser falsche Weg noch radikaler verfolgt. Das Ergebnis sehen wir in zunehmender Unsicherheit der materiellen Existenz unserer Gesellschaft.

Die Leitlinie der Dekarbonisierung ist im Grunde das Echo der vor 100 Jahren begonnenen Ausrichtung der Wirtschaft in Richtung Nutzung von Erdöl. Damit einher ging die imperialistische Ausbeutung der Länder mit entsprechenden Vorkommen. Die daraus resultierenden zu niedrigen Preise haben die Allokation in der gesellschaftlichen Produktion verzerrt. Die tatsächlichen Kosten des Einsatzes von Rohöl (einschließlich der Folgekosten u.a. durch Umweltschäden) wurden im Wettbewerb nicht richtig widergespiegelt.

Karl Marx hat hergeleitet, dass im Laufe der Entwicklung des Kapitalismus der Wettbewerb immer mehr eingeschränkt wird: „Je ein Kapitalist schlägt viele andere tot.“ Er sah eine innere Tendenz des Kapitalismus hin zu immer größeren Unternehmen, die schließlich über eine marktbeherrschende Stellung die Preisbildung in einem freien Wettbewerb aushebeln.

Wenn der Wettbewerb zunehmend eingeschränkt wird, funktioniert dieser als ein Verfahren zur Entdeckung von Tatsachen (von Hajek) nicht mehr. Man kann auch sagen, so beraubt sich der Kapitalismus selbst seiner Erkenntnis-Quelle. Wenn freier Wettbewerb das wichtigste Mittel in Richtung optimaler Allokation der Produktionsmittel und Produktivkräfte ist, so bedeutet das umgekehrt, dass sich eine Wirtschaft mit monopolartigen Unternehmensstrukturen immer weiter davon entfernt. Das gilt erst recht für das erreichte Stadium der zentralen Planwirtschaft.

Robin Monotti Graziadei macht im Artikel [„Wie denken Sie darüber?“](#) das auf „Wachstum“ basierende Modell des Industriekapitalismus als die Hauptantriebskraft für die Produktion überflüssiger Güter aus. Dies ist meiner Meinung nach so nicht richtig, es geht nicht in erster Linie um „Wachstum“ und „Industrie“. Vielmehr werden auf allen Ebenen unseres heutigen Wirtschaftens die konstituierenden Prinzipien der Marktwirtschaft wie insbesondere Haftung und freier Wettbewerb missachtet.

Das Rezept, um die Allokation der gesellschaftlichen Produktion wieder näher in Richtung Optimum zu bringen mit dem Ziel, den Mitgliedern der Gesellschaft eine sichere materielle Basis zu geben, liegt meiner Meinung vorrangig in der Wiederherstellung von Bedingungen für einen freien Wettbewerb. Offensichtlich darf der Wettbewerb jedoch nicht frei sein im Sinne von „ungebremst“. Er bleibt aber auch nicht frei, wie die Erfahrung und auch die Einschätzung von Marx zeigen. Das will ich [in einem weiteren Artikel thematisieren](#).

[Unter Verwendung von Material aus "[Blog politische Ökonomie](#)"]

Anmerkung:

In einem Kommentar wurde auf die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen auf der Welt hingewiesen. Ein weiteres Thema wird sein, wie das mit der Einschränkung des Ressourcenverbrauchs zusammenpasst.